

SATZUNG des „Verein für Kommunalpolitik NIEDERSACHSEN e.V.“

in der Fassung vom 13.05.2023

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

(1) Der Verein führt den Namen „Verein für Kommunalpolitik NIEDERSACHSEN e.V.“. Er hat die Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Die Abkürzung des Vereinsnamens lautet VfK NI e.V.

(2) Sitz des Vereins ist Gifhorn. Der Vorstand wird ermächtigt, die jeweiligen erforderlichen Änderungen zum Vereinsregister vorzunehmen.

(3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck des Vereins

(1) Der VfK NI e.V. hat die Aufgabe, freiheitlich-demokratische sowie konservative Grundsätze in der Kommunalpolitik zur Geltung zu bringen. Dieser Zweck soll insbesondere erreicht werden durch:

- a. das Vermitteln von demokratischer und staatsbürgerlicher Bildung,
- b. die Verbreitung konservativen kommunalpolitischen Gedankengutes,
- c. die Erarbeitung von Richtlinien für die praktische Arbeit in den kommunalen Vertretungen und Körperschaften nach Maßgabe der allgemeinen politischen Grundlagen der AfD,
- d. die Heranführung und Qualifizierung von Bürgern für die Tätigkeiten in der kommunalen Selbstverwaltung,
- e. die Unterstützung von Fraktionen, Mandatsträgern und Mitarbeitern zur einheitlichen Lösung von kommunalpolitischen Herausforderungen,
- f. die Zusammenarbeit und den Austausch mit anderen Partnern, Bildungsinstituten, staatlichen Einrichtungen sowie kommunalpolitischen Spitzenverbänden zur Förderung der Völkerverständigung und Zusammenarbeit in Europa durch Integration auf kommunaler Ebene,
- g. die Konzeption und Realisierung von multimedialen Schulungsinhalten, welche eine ortsunabhängige und frei zugängliche Teilhabe an kommunalpolitischer Bildung und Erziehung sowie Bildung aller Bevölkerungsteile ermöglicht,
- h. die Durchführung von oder Beteiligung an Fachtagungen, Kursen, Konferenzen, Seminaren, Workshops, Studienreisen, Exkursionen und sonstigen Veranstaltungen, welche der Fortbildung im Bereich kommunalpolitischer und/oder gesellschaftlich relevanten Themenstellungen dienen,

- i. die Durchführung von Studien und Publizierung von Studienergebnissen im Bereich der gesellschaftlichen Teilhabe sowie verschiedenen Mitwirkungsformen von Bürgern in allen gesellschaftlichen Bereichen,
- j. die Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement,
- k. die Sicherung der Teilhabe der Öffentlichkeit an den Ergebnissen ihrer Arbeit.

Alle Veranstaltungen des Vereins sind öffentlich zugänglich. Die satzungsgemäßen Aufgaben werden von dem Verein für Kommunalpolitik NI e.V. im Rahmen seiner personellen und materiellen Möglichkeiten wahrgenommen.

§ 3 Die Mittel des Vereins

- (1) Der Vorstand kann die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen und Aufnahmegebühren für ordentliche und Fördermitglieder getrennt beschließen. Die Mitglieder zahlen Beiträge nach einer durch den Vorstand erlassenen Finanz- und Beitragsordnung, welche durch die diesem Vorstandsbeschluss folgende Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit zu bestätigen ist. Die Finanz- und Beitragsordnung hat keinen Satzungsrang.
- (2) Weitere Mittel sollen durch Spenden und durch Zuschüsse aufgebracht werden.
- (3) Alle Mittel dürfen nur für die in § 2 genannten Zwecke verwendet werden. Keine Person darf durch Ausgaben, die den Zwecken des Vereins fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigt werden.
- (4) Die Mitglieder erhalten keine Zuwendung aus Mitteln des Vereins. Die Mitglieder des Vorstandes sind ehrenamtlich tätig. Sie haben Anspruch auf Ersatz nachgewiesener Auslagen, soweit es die Finanzausstattung des Vereins erlaubt.

§ 4 Erwerb der Mitgliedschaft

- (1) Ordentliches Mitglied können werden:
 - (a) jede natürliche Person, die das 16. Lebensjahr vollendet hat, freiheitlich-demokratische und konservative Grundsätze vertritt und welcher nicht durch ein rechtskräftiges Urteil die Amtsfähigkeit, die Wählbarkeit oder das Wahlrecht aberkannt worden ist,
 - (b) Mitglieder der AfD-Fraktionen der Kreise, Samtgemeinden, Einheitsgemeinden, Mitgliedsgemeinden und Ortsräte sowie der Stadträte und Stadtbezirke der kreisfreien Städte, Mitglieder der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Großraum Braunschweig sowie in Ausschüssen für die AfD tätige sachkundige Bürger und Einwohner.
- (2) Fördernde Mitglieder ohne Stimmrecht können werden:
 - (a) natürliche Personen, denen nicht durch ein rechtskräftiges Urteil die Amtsfähigkeit, die Wählbarkeit oder das Wahlrecht aberkannt worden ist,

(b) juristische Personen, insbesondere Ratsgruppen, Kreistagsgruppen und Fraktionen mit konservativer Grundausrichtung.

(3) Mitglieder, Mandatsträger und Kandidaten von politischen Parteien oder Gruppen, die in Konkurrenz zur Partei ‚Alternative für Deutschland‘ stehen, können nicht Mitglied dieses Vereins werden.

(4) Die Mitgliedschaft wird erworben durch die Beitrittserklärung. Diese ist zu richten an die Geschäftsstelle des VfK NI e.V. Der Aufnahmeantrag ist schriftlich zu stellen. Über die Annahme des Aufnahmeantrages entscheidet abschließend der Vorstand. Bei Ablehnung des Mitgliedsantrages muss der Antragsteller nicht über die die Gründe der Ablehnung informiert werden.

§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

(1) Der Austritt aus dem Verein erfolgt durch schriftliche Erklärung an die Geschäftsstelle des VfK NI e.V. Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate zum Quartalsende.

(2) Ein Ausschluss aus dem Verein kann durch den Vorstand erfolgen, wenn ein Mitglied schuldhaft

- grobe Verstöße gegen die Satzung und die Ordnungen des Vereins begeht,
- in grober Weise den Interessen des Vereins, seinem Zweck und seinen Zielen zuwiderhandelt,
- trotz schriftlicher Mahnung seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt.

Der Vorstand informiert das Mitglied darüber, dass er aufgrund des bezeichneten Fehlverhaltens ein Ausschlussverfahren einleiten und in der kommenden Vorstandssitzung darüber beschließen wird. Dem Mitglied ist vor dem Beschluss des Vorstandes, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

§ 6 Organe des Vereins

Die Organe des VfK NI e.V. sind:

1. die Mitgliederversammlung
2. der Vorstand

§ 7 Der Vorstand

(1) Vorstandsmitglieder müssen Mitglieder des Vereins ein.

(2) Der Vorstand besteht aus bis zu fünf Mitglieder:

- a) dem Vorsitzenden,
- b) dem ersten stellvertretenden Vorsitzenden,
- c) dem zweiten stellvertretenden Vorsitzenden,
- d) dem Schatzmeister,
- e) dem Schriftführer.

(3) In den erweiterten Vorstand können bis zu fünf Beisitzer gewählt werden. Die Gesamtzahl bestimmt die Mitgliederversammlung. Die Beisitzer sind keine vertretungsberechtigten Mitglieder des Vorstandes.

(4) Vorstand im Sinne § 26 BGB sind:

- a) der Vorsitzende. Er ist einzelvertretungsberechtigt.
- b) der erste stellvertretende Vorsitzende und der zweite stellvertretende Vorsitzende. Sie sind gemeinsam vertretungsberechtigt.

Der Vorstandsvorsitzende sowie die stellvertretenden Vorsitzenden werden ermächtigt, Änderungen und Ergänzungen der Satzung vorzunehmen, von denen das Amtsgericht (Registergericht) die Eintragung in das Vereinsregister abhängig macht.

Andere Vorstandmitglieder sind nicht vertretungsberechtigt.

(5) Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins und verwaltet dessen Vermögen. Ihm obliegen alle Aufgaben, soweit sie nicht durch Satzung der Mitgliederversammlung zugewiesen sind.

(6) Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung, die nicht Bestandteil der Satzung ist.

(7) Die Beschlüsse des Vorstands werden durch den Schriftführer protokolliert. Bei Abwesenheit des Schriftführers wählt der Vorstand den Protokollführer in offener Wahl. Das Protokoll ist vom Sitzungsleiter und Protokollführer zu unterzeichnen.

§ 8 Amtsdauer des Vorstands

Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt, gerechnet vom Tage der Wahl an. Er bleibt jedoch bis zur Neuwahl des Vorstandes geschäftsführend im Amt.

§ 9 Einberufen und Beschlussfassung des Vorstands

(1) Sitzungen des Vorstandes werden nach Bedarf einberufen. Einzuberufen sind sie durch den Vorsitzenden oder im Verhinderungsfall durch einen der stellvertretenden Vorsitzenden unter Angabe der Tagesordnung mit einer Ladungsfrist von sieben Tagen. In begründeten Ausnahmefällen kann die Frist verkürzt werden. Die Ladung erfolgt schriftlich per E-Mail oder postalisch.

(2) Der Vorstand kann seine Sitzungen auch in der Form einer Telefon-/Video-Konferenz abhalten. Alle Sitzungen und Beschlüsse des Vorstandes sind für Beweis Zwecke zu protokollieren und vom Sitzungsleiter und Protokollführer zu unterschreiben.

(3) Die Sitzungen des Vorstands werden vom Vorsitzenden, im Vertretungsfall vom ersten stellvertretenden Vorsitzenden, oder als seinem Vertreter, dem zweiten stellvertretenden Vorsitzenden, geleitet. Anderenfalls wählt der Vorstand den Sitzungsleiter in offener Wahl

(4) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der amtierenden Vorstandmitglieder anwesend ist, darunter der Vorsitzende oder einer der stellvertretenden Vorsitzenden. Er entscheidet mit der Mehrheit seiner anwesenden Mitglieder. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag bzw. bei dessen Abwesenheit die Stimme dessen, der die Sitzung leitet.

(5) Ein Vorstandsbeschluss kann im Umlaufverfahren auf schriftlichem Weg oder per E-Mail gefasst werden. Der Beschlussfassung“ per Umlaufbeschluss“ muss zunächst einstimmig zugestimmt werden. Bei Anwendung des Umlaufverfahrens reicht die einfache Mehrheit für einen Beschluss aus.

§ 10 Kassenprüfer

- (1) Die Mitgliederversammlung wählt für die Dauer von zwei Jahren zwei Kassenprüfer in offener Wahl. Die Kassenprüfer dürfen dem Vorstand nicht angehören.
- (2) Die Kassenprüfer prüfen jährlich die Kasse mit allen Konten, Buchungsunterlagen und Belegen in sachlicher und rechtlicher Hinsicht.
- (3) Die Kassenprüfer erstatten der Mitgliederversammlung einen schriftlichen Bericht über ihre Prüfung. Sie beantragen die Entlastung des Vorstands und geben der Mitgliederversammlung eine Empfehlung ab.

§ 11 Fachausschüsse

- (1) Der Vorstand kann zu seiner fachlichen Beratung oder zur Verwirklichung des Vereinszwecks Fachausschüsse einrichten.
- (2) Der Vorstand bestellt die Vorsitzenden und beruft die Mitglieder. Der Vorstand bestimmt die Aufgaben der Fachausschüsse.

§ 12 Beiträge

- (1) Die Mitgliedsbeiträge ergeben sich aus der Finanz- und Beitragsordnung. Der VfK NI e.V. erhebt Beiträge, deren Höhe auf Vorschlag des Vorstandes von der Mitgliederversammlung festgesetzt wurde.
- (2) Die Mitglieder gemäß § 4 Abs. 1(b) entrichten ihre Beiträge über die jeweiligen Fraktionen oder anderweitige Verbände, die übrigen Mitglieder entrichten die Beiträge unmittelbar an den VfK NI e.V.
- (3) Mitgliedsbeiträge sind jährlich im Voraus für das laufende Kalenderjahr zu leisten.
- (4) Bei Ausscheiden eines Mitglieds werden die bezahlten Mitgliedsbeiträge nicht zurückerstattet.

§ 13 Geschäftsführung

- (1) Werden Geschäftsführer bestellt, so kann der Vorstand diesen im Rahmen der laufenden Geschäfte Vertretungsmacht (Vollmacht) nach außen erteilen.
- (2) Das Nähere kann durch eine Geschäftsordnung des Vereins geregelt werden. Diese Geschäftsordnung hat keinen Satzungsrang.
- (3) Die Geschäftsführer sind nicht Mitglied des Vorstands und müssen nicht Mitglied des Vereins sein.

§ 14 Die Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist das oberste Vereinsorgan. Sie ist vor allem für folgende Angelegenheiten zuständig:

1. den Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes entgegenzunehmen, zu beraten und zu genehmigen sowie den Vorstand zu entlasten,
2. den Vorstand zu wählen und ggf. abzurufen,
3. zwei Kassenprüfer zu wählen,
4. Satzungsänderungen zu beschließen,
5. über die Auflösung des Vereins zu beschließen.

§ 15 Einberufen der ordentlichen Mitgliederversammlung

(1) Im ersten Quartal eines jeden Geschäftsjahres findet eine ordentliche Mitgliederversammlung statt.

(2) Einberufen wird die ordentliche Mitgliederversammlung vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von drei Wochen schriftlich unter Angabe einer Tagesordnung per E-Mail oder postalisch. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung der Einladung folgenden Kalendertag. Das Einladungsschreiben gilt als dem Mitglied zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein schriftlich bekannt gegebene E-Mail-Anschrift oder Wohnanschrift bzw. gerichtet ist.

Nachträgliche Anträge zur Tagesordnung:

Jedes Mitglied kann bis spätestens eine Woche vor dem Tag der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich beantragen, dass weitere Angelegenheiten nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt werden. Hier gilt das Datum des Posteingangs.

Über die Veränderung der Tagesordnung entsprechend dieser so eingegangenen Anträge entscheidet die Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit. Der Versammlungsleiter hat bei Annahme die vorläufige Tagesordnung entsprechend zu ergänzen.

Über die Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung, die erst in der Mitgliederversammlung gestellt werden, beschließt die Mitgliederversammlung. Zur Annahme des Antrages ist eine Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.

Anträge auf Satzungsänderungen bzw. Vereinsauflösung müssen auf der Tagesordnung stehen, die mit der Einladung verschickt wird, damit über sie beschlossen werden kann. Auch über die Wahl und Abberufung von Vorstandsmitgliedern kann die Mitgliederversammlung nur beschließen, wenn die betreffenden Anträge den Mitgliedern mit der Tagesordnung angekündigt worden sind.

§ 16 Abhalten und Beschlussfassungen der Mitgliederversammlung

(1) Die Mitgliederversammlung leitet der Vorsitzende oder, wenn dieser verhindert ist, ein stellvertretender Vorsitzender. Sind diese verhindert, so bestimmt die Versammlung einen Leiter. Das Protokoll führt der Schriftführer. Ist dieser nicht anwesend, bestimmt der Versammlungsleiter einen Protokollführer.

(2) Beschlussfähig ist jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung unabhängig von der Zahl der Erschienenen. Jedes Mitglied hat 1 Stimme. Das Stimmrecht kann nur persönlich ausgeübt werden. Stimmrecht hat nur, wer zum Zeitpunkt der Versammlung seinen Mitgliedsbeitrag gezahlt hat.

(3) Die Art der Abstimmung, ob offen (per Handzeichen oder Stimmkarte) oder geheim, bestimmt der Versammlungsleiter. Die Abstimmung muss geheim stattfinden, wenn ein Drittel der bei der Abstimmung anwesenden stimmberechtigten Mitglieder dies beantragt.

(4) Bei Abstimmungen entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Stimmenenthaltungen und ungültige Stimmen bleiben unberücksichtigt. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

(5) Um die Satzung (einschließlich des Vereinszweckes) zu ändern, den Vorstand oder einzelne Mitglieder des Vorstandes abzuwählen, ist eine Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich und, um den Verein aufzulösen, eine solche von vier Fünfteln.

(6) Für Wahlen gilt Folgendes: Hat im ersten Wahlgang kein Kandidat mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht, findet eine Stichwahl zwischen den Kandidaten statt, welche die beiden höchsten Stimmzahlen erreicht haben. Eine Wahl kann auch in der Form der Blockwahl durchgeführt werden.

(7) Die Mitgliederversammlung ist nicht öffentlich. Der Versammlungsleiter kann Gäste zulassen. Über die Zulassung der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens beschließt die Mitgliederversammlung.

(8) Das Protokoll der Mitgliederversammlung soll folgende Feststellungen enthalten: Ort und Zeit der Versammlung, die Person des Versammlungsleiters und des Protokollführers, die Zahl der erschienenen Mitglieder, die Tagesordnung, die einzelnen Abstimmungsergebnisse und die Art der Abstimmung. Bei Satzungsänderungen ist die zu ändernde Bestimmung anzugeben. Das Protokoll ist vom Versammlungsleiter und Protokollführer zu unterzeichnen.

§ 17 Außerordentliche Mitgliederversammlungen

Der Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Er muss sie einberufen, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder wenn ein Drittel der Mitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe die Einberufung verlangt. Einberufen wird sie vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen. Die Paragraphen 14 bis 16 dieser Satzung gelten entsprechend.

§ 18 Auflösen des Vereins

(1) Die Auflösung des Vereins kann nur in einer Mitgliederversammlung mit der im § 16 Absatz 5 festgelegten Stimmenmehrheit von vier Fünfteln beschlossen werden, wenn die Versammlung mit entsprechender Tagesordnung und schriftlicher Begründung binnen eines Monats einberufen wurde und mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.

(2) Ist nicht zumindest die Hälfte der Mitglieder anwesend, so ist erneut eine Mitgliederversammlung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig ist. Darauf ist in der Einladung hinzuweisen.

(3) Über die Verwendung des Vermögens entscheidet die Mitgliederversammlung.

§ 19 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Satzung ganz oder teilweise unwirksam oder nichtig sein oder werden, so wird dadurch die Wirksamkeit der Satzung im Übrigen nicht berührt.